28. 1. Ist der erkennende Richter besagt, wenn der Strafantrag die Handlung nur unter einem bestimmten rechtlichen Gesichtspunkte bezeichnet, dieselbe auch von einem anderen nicht erwähnten Gesichtspunkte zu prüfen.

2. Begriff der Handlung in §. 61 St.G.B.'s.

St.G.B. §§. 61. 223. 230.

St.P.D. §§. 153. 263.

III. Straffenat. Ur. v. 8. Oktober 1881 g. E. Rep. 1979/81.

I. Landgericht Göttingen.

E. d. R.G. Entsch. in Straff. V.

Aus den Gründen:

Gegen den Angeklagten wurde auf die Anschulldigung hin, am 31. Dezember 1880 seinen vierjährigen Sohn Hermann vorsätzlich körperlich mißhandelt und an der Gesundheit beschädigt zu haben, wegen des in §§. 223. 223 a St.G.B.'s vorgeseheneu Delikts die Voruntersuchung geführt. Der dem Beschädigten bestellte Pfleger beantragte die Strafverfolgung wegen vorsätzlicher Körperverletzung, indem behauptet wurde, daß Angeklagter seinen Sohn mit dessen Arme in kochendes Wasser gehalten habe. Durch Urteil vom 9. Juni 1881 ist Angeklagter nur der fahrlässigen Körperverletzung aus §§. 230. 223 St.G.B.'s schuldig erachtet, zugleich aber die Einstellung des Verfahrens wegen Mangels eines den gesetzlichen Erfordernissen entsprechenden Strafantrages ausgesprochen, da lediglich die Verfolgung wegen vorsätzlicher Körperverletzung beantragt und danach nicht anzunehmen sei, daß der Antrag zugleich auf fahrlässige Körperverletzung habe gerichtet sein sollen.

Die gegen diese Entscheidung von der Staatsanwaltschaft eingelegte und auf Verletzung des §. 61 St.G.B.'s gestützte Revision erscheint begründet.

Da der in §. 61 a. a. D. für bestimmte strafbare Thatbestände vorgeschriebene Strafantrag sich nach Vorschrift des Gesetzes auf diejenige „Handlung“ zu beziehen hat, deren Verfolgung erstrebt wird, so hatte sich die Prüfung des Instanzrichters in betreff des Vorhandenseins eines dem Gesetze entsprechenden Strafantrages dahin zu richten, ob die von dem Antragsberechtigten bezeichnete, ein Antragsvergehen enthaltende Handlung nach dem Ergebnisse der Untersuchung für erwiesen anzunehmen sei.

Danach kommt für die Beurteilung der Wichtigkeit der angefochteneu Entscheidung, soweit sie mit Rücksicht auf den Inhalt des Strafantrages die Einstellung des Verfahrens verfügt hat, zunächst der Begriff der „Handlung“ in Betracht, welcher der Vorschrift des §. 61 a. a. D. zu Grunde liegt. Unter Handlung kann, insofern §. 61 a. a. D. eine auf dieselbe gerichtete Strafverfolgung im Auge hat, überhaupt nur ein im strafrechtlichen Sinne erhebliches Handeln, mithin nicht sowohl jede einzelne Willensäußerung, sondern die zur Erfüllung eines bestimmten strafbaren Thatbestandes erforderliche gesamte Thätigkeit nach ihrem objektiven und subjektiven Inhalte verstanden werden. Dazu kommt, daß der Strafantrag die Verfolgung der gerügten Handlung nach

Maßgabe der bestehenden Prozeßgesetze bezweckt. Ist er wirksam gestellt und damit die prozeßualische Voraussetzung gegeben, an welche die Statthaftigkeit der Strafverfolgung geknüpft ist, so tritt zunächst die Staatsanwaltschaft, sodann aber der Richter in die ihnen für die letztere nach näherer Bestimmung der Strafprozeßgesetze obliegende Aufgabe, die angezeigte Handlung nach ihrer wahren Beschaffenheit zu ermitteln, sowie zum Gegenstand der öffentlichen Klage zu machen, beziehungsweise abzuurteilen, mit voller Selbständigkeit ein.

Daraus folgt, daß dem Begriffe der Handlung in §. 61 a. a. D. dieselbe Bedeutung und derselbe Umfang beigelegt werden muß, wie dieselben nach den Prozeßgesetzen der zum Gegenstande der Untersuchung und des Urteils gemachten That beizulegen (vgl. §§. 153. 263 St. P. O.). Die Handlung im Sinne des §. 61 St. G. B.'s umfaßt also die im Strafantrage bezeichnete That nach allen ihren rechtlichen und thatsächlichen Beziehungen und Gesichtspunkten, wie sich dieselbe nach dem Inbegriffe der in der Untersuchung ermittelten Umstände aus dem Ergebnisse der letzteren gestaltet.

Eine begrenzttere etwa auf die von dem Antragsteller geltend gemachten Thatfachen lediglich beschränkte Auffassung des Begriffes „Handlung“ würde überdies, indem sie den Instanzrichter hände, nur den im Strafantrage angegebenen Sachverhalt, als von der Willenserklärung des Antragstellers umfaßt, für die Beurteilung des Antrags Erfordernisses zu seiner Kognition zu ziehen, dahin führen, dem Grundsätze des *ne bis in idem* gemäß die spätere Verfolgung der That aus einem anderen Grunde der Strafbarkeit, welchen der Antragsteller unberücksichtigt gelassen hat, völlig auszuschließen, so wenig dies im konkreten Falle der wirklichen Intention des Antragsberechtigten und dem Interesse der Gerechtigkeit für entsprechend zu erachten sein mag.

Vgl. St. P. O. §. 263.

Urt. des Reichsgerichtes vom 3. März 1881, Entsch. in Straff. Bd. 3 S. 385.

Auch hieraus ergibt sich, daß das St. G. B. bei Aufstellung des Begriffes der Handlung im Sinne des §. 61 daselbst die übrigens auch in §. 63 daselbst durch die daselbst getroffene Vorschrift über die Theilbarkeit des Antrages besonders gewährte Selbständigkeit der richterlichen Prüfung in betreff des Umfanges der mit dem Antrage gerügten That nicht weiter hat beschränken wollen, als erstere in Beziehung auf die

in der Anklage bezeichnete That und deren Würdigung nach allen Richtungen ihrer Strafbarkeit in den Prozeßgesetzen anerkannt ist. Von diesen rechtlichen Gesichtspunkten aus erscheint nun vorerst die zur Rechtfertigung der Einstellung des Verfahrens geltend gemachte Auffassung des Vorrichters, nach welcher der angenommene Mangel eines ausreichenden Strafantrages darauf gegründet wird, daß der Berechtigte nur die Verfolgung einer vorsächlichen Körperverletzung beantragt habe, deren Thatbestand nicht ermittelt sei, als eine rechtsirrtümliche. Denn jedenfalls ist es einflußlos, ob die gerügte Handlung von dem Antragsberechtigten unter den richtigen strafrechtlichen Gesichtspunkt gebracht ist. Die Beurteilung der strafrechtlichen Qualifikation der zu verfolgenden Handlung ist Sache des erkennenden Richters. Ebenso wenig aber steht es der Wirksamkeit des Antrages auf Strafverfolgung entgegen, wenn im konkreten Falle der Gegenstand der Untersuchung gewordene Vorgang bei derselben eine von der thatsächlichen Darstellung des Antragstellers abweichende Gestalt gewonnen hat, soweit die Identität der bezeichneten That von dieser Abweichung nicht berührt wird. Letzteres ist vorwiegend nicht der Fall, da der Antragsteller die Verfolgung einer dem Angeklagten zur Last fallenden, zu bestimmter Zeit und an einem bestimmten Orte begangenen Körperverletzung beantragt hat und nach den Gründen des angefochtenen Urteils kein Zweifel darüber obwaltet, daß der Vorrichter dieselbe identische That, gleichviel, wie nach ihren Modalitäten geartet, zum Gegenstande der Entscheidung gemacht hat. Die erfolgte Einstellung des Verfahrens konnte sich also insbesondere auch nicht damit rechtfertigen, daß der Antragsteller zur Begründung seines Antrages den Angeklagten wegen vorsächlicher Körperverletzung zu bestrafen, bestimmte Thatfachen angeführt hat, welche den Schluß auf die vom Gesetze für die gedachte Deliktsgattung vorausgesetzte Willensrichtung geboten, während der vom Vorrichter in abweichender Weise festgestellte Hergang nur den Thatbestand einer jahrlässigen Körperverletzung ergab.

Dabei kann die Erörterung der Frage, ob wenigstens in dem Falle, in welchem der Berechtigte seinen Antrag auf Verfolgung der That ausdrücklich auf einen bestimmten Gesichtspunkt der Strafbarkeit beschränkt hat, die Verfolgung der somit nach dem Willen des Berechtigten von der Verfolgung ausgeschlossenen Richtung der That zu unterbleiben hat, vorliegend dahin gestellt bleiben, weil in dem gestellten

Strafantrage bei der dem Revisionsrichter obliegenden selbständigen Prüfung des Inhalts desselben eine derartige Beschränkung nicht zu erkennen, vielmehr — zumal mit Rücksicht auf die dem Antragsteller durch seine Bestellung zum Pfleger des wirklich Beschädigten gegebene Stellung — zu dem Ergebnis zu gelangen war, daß der Antragsteller die Verfolgung der dem Angeklagten zur Last fallenden Körperverletzung unter allen Umständen hat herbeiführen wollen.

Der Vorrichter war sonach in der Lage, die von dem Angeklagten begangene Körperverletzung, so wie geschehen, rechtlich zu qualifizieren und auf die gesetzliche Strafe zu erkennen.